

Letzter Bericht ver.di BuKo / Resümee

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

gestern ist der Bundeskongress mit den letzten Antragsberatungen zu Ende gegangen. In den verbleibenden 3 Stunden konnten nicht mehr sehr viele Anträge beraten werden. Trotzdem gab es noch wichtige Diskussionen und Abstimmungen, die noch einmal deutlich machten, dass ver.di im DGB sich deutlich positioniert und sicherlich eine Alternative Politik zu der Mehrheitsströmung im DGB vertritt.

So gab es gestern noch Beschlüsse zu Themen, zu denen von der Antragskommission am Freitag, zusammen gestellten Liste. Es wurden Initiativanträge zu folgenden Themen verabschiedet:

- Fremdenhass entgegen treten - Willkommensstrukturen stärken
- Humanitärer Korridor nach Rojava
- Griechenland - keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa
- Das griechische Volk braucht unsere Solidarität.

Ausserdem wurden noch folgende Anträge beraten und verabschiedet:

- Aufbau von Jugendaktivenstrukturen
- Jugend im Fokus
- Globalisierung sozial und demokratisch gestalten - Nein zu TTIP, CETA und TISA.

Die Anträge zum Erhalt aller Bildungsstätten, also einschliesslich Lage-Hörste, wurden nach hitziger und kontrverser Debatte abgelehnt, so das der BuKo die Schliessung letztendlich bestätigte.

Ein grosser Teil der insgesamt über 1400 Anträge wurde per Block abgestimmt. Zu diesen Anträgen hatte es keine Wortmeldungen gegeben. Die unerledigten Anträge wurden dem Gewerkschaftsrat zur weiteren Beratung weiter geleitet. Hierzu können die Delegierten bis Mitte Oktober Stellungnahmen abgeben, die dann bei der Antragsberatung berücksichtigt werden müssen.

Für die linken Kräfte in ver.di bleibt zuallererst festzuhalten, dass die beiden Anträge die auf dem Treffen am 30.8. besprochen wurden, zumindest als Teilerfolge zu bewerten sind. Der Initiativantrag zur Solidarität mit der Aufwertungskampagne hat zu einer fast einstündigen Diskussion geführt, in der Frank Bsirske sich eindeutig hinter diesen Antrag in der Urfassung stellte.

Leider hat die Antragskommission einen Zusatz einer Delegierten übernommen, wonach auch nach der Beendigung von Streiks weiter bei politischen Parteien und dem DGB um Unterstützung geworben werden soll. Obwohl mehrer Redner_innen dies in ihren Wortbeiträgen ablehnten, wurde dies von der AK nicht zurück genommen. So wurde unser Ini Antrag leicht verwässert beschlossen.

Unser 2. Antrag der Änderungsantrag "Steuerfreiheit für jeden Mindestlohn" hatte zwar eine mehr als erforderliche Unterstützung, aber leider nur auf dem Papier. Lediglich eine Wortmeldung gab es zu der Formulierung der Antragskommission, das "ver.di sich über eine

Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums aktiv auseinandersetzen müsse". Dies wurde mit einer sehr eindeutigen Mehrheit verabschiedet.

Der Versuch die 30 Stunden Woche im Leitantrag zur Arbeitszeit zu verankern ist deutlich fehlgeschlagen. Nur eine Minderheit von ca 25 % stimmte diesem Antrag zu.

Bei den Wahlen zum Bundesvorstand konnten alle Kandidat_innen die erforderliche Mehrheit erreichen. Erstaunlich war, das Andrea Koscić trotz der Pleite in der Tarifrunde bei der Post, ein Ergebnis von knapp über 90 % erzielen konnte. Aber auch Frank Werneke, als 2. stellvertretender Vorsitzender konnte mit über 93 % ein besseres Ergebnis erzielen als Frank Bsirske der mit 88,5 % gewählt wurde.

Als Resümee möchte ich betonen, dass ver.di sich weiterhin als eine kämpferische Gewerkschaft versteht.

Das hat sich sehr deutlich an der Diskussion und den anschliessenden Stellungnahmen zu unserem Initiativantrag gezeigt. Obwohl es viele Zweifler_innen in ver.di wegen der Fortsetzung der Streiks gibt, waren die Signale aus Leipzig dazu eindeutig. Es wird an den Entscheidungsstrukturen, also einschliesslich Streikdelegiertenversammlungen, festgehalten und was auch in der Presse so vermittelt wurde: ver.di ist fest entschlossen ein besseres, von den Mitgliedern getragenes Ergebnis zu erzielen. Aber dazu zählt auch der Streik, der in der vergangenen Woche bei Amazon fortgeführt wurde. Der Auftritt der streikenden Kolleg_innen von Amazon Leipzig war einer der Höhepunkte des Kongresses.

Aber auch die Einladung, an die in einer Nachbarhalle untergebrachten Flüchtlinge, zu den Delegierten zu sprechen, spricht für die politische Haltung von ver.di. Die aufwühlenden Worte der Vertreter der Flüchtlinge machten deutlich, dass die propagierte Willkommenskultur wohl nur von grossen Teilen der Bevölkerung getragen wird. Die staatlichen Institutionen halten fest an der schlechten und oft sehr formalen Behandlung der Flüchtlinge. Die 2000 untergebrachten Flüchtlinge in der Halle verfügen nur über 8 Duschen und 30 Toiletten. Von Privatsphäre kann gar keine Rede sein. Das Essen ist für die Flüchtlinge häufig schlecht bekömmlich und der Bewegungsraum ist sehr eingeschränkt. Zur Registrierung müssen Sie nach Chemnitz gebracht werden.

Für eine Linderung der schlechten Bedingungen stellte der ver.di Bundesvorstand 10.000 € zur Verfügung. Eine Sammlung der Delegierten erbrachte noch einmal 9.000 € für die Flüchtlinge.

Die ver.di Jugend beteiligte sich am Montag und Mittwoch an den Aktivitäten gegen LEGIDA in der Innenstadt. Am Mittwoch wurden Sie von der Polizei stundenlang eingekesselt was vom Kongress am Donnerstag mit einer wütenden Resolution an die sächsische Landesregierung beantwortet wurde.

Zum Schluss machte Frank Bsirske noch einmal deutlich, dass ver.di auch in Zukunft weiter eine kämpferische Gewerkschaft bleiben werde. Dabei setzte er sich mit einem Artikel von Focus online auseinander, der ver.di ein Zerbröseln bescheinigte und führungslos sei. Mit lang anhaltendem Beifall quittierten die Delegierten die Rede des Vorsitzenden.

In den am Montag beginnenden Verhandlungen für die Sozial- und Erziehungsdienste und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen wird zu erkennen sein ob diesen Worten die entsprechenden Taten folgen.

Helmut Born, Delegierter Bezirk Düsseldorf, 27.09.2015

Weitere Berichte und Infos zum ver.di-Bundeskongress 2015 im Dossier beim LabourNet Germany: <http://www.labournet.de/?p=86484>